

HA

Bleibe prüfe?
Widerspruchsfrei abgekauft?

Die Oberbürgermeisterin



Stadt Köln

63

Stadt Köln · Bauaufsichtsamt
Stadthaus · 50679 Köln

Bauaufsichtsamt

Stadthaus · Willy-Brandt-Platz 2
50679 Köln

evohaus GmbH
vertr.d. Herrn Heinz Hanen
Emil-Nolde-Str. 2
76227 Karlsruhe

KVB: Linien 1, 3, 4, 9, 151, 153 · S 6, S 11, S 12
Haltestellen: Bhf. Deutz/Messe · LANXESS Arena

Auskunft: Frau Dinc

Zimmer: 07C66 Telefonisch Do 10 - 12 Uhr
Persönlich nach Terminvereinbarung
Abgabe von Unterlagen im GZ 07C42

Telefon: (02 21) 2 21 - 30184

E-mail: guelcan.dinc@stadt-koeln.de

Telefax: (02 21) 2 21 - nicht vorhanden

Tag: 29. Sep. 2021

B A U G E N E H M I G U N G

Aktenzeichen: 63/B13/2093/2020
Eingangsdatum: 01.07.2020
Straße/Hausnummer: Zum Dammfelde ohne Nr.
PLZ/Ort: 50859 Köln-Widdersdorf

Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3176 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3177 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3178 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3179 / 0

Antragsgegenstand: Erteilung einer Baugenehmigung zur Errichtung von Garagen mit mehr als 1.000 qm Nutzfläche hier: 89 Stellplätze unterirdisch, 4 Stellplätze für Besucher der Kindertagesstätte oberirdisch, sowie die Errichtung von 6 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 63 Wohneinheiten und einer 3-geschossigen Kindertagesstätte mit 6 Gruppen und einer Kinderbetreuung für 100 Kinder zwischen 0 und 6 Jahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 01.07.2020 reichten Sie den oben genannten Antrag ein.

Hiermit erteile ich Ihnen gemäß § 74 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.07.2018 (BauO NRW) in Verbindung mit § 65 BauO NRW unbeschadet der privaten Rechte Dritter und aufgrund anderer Vorschriften bestehenden Verpflichtungen zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen, Erlaubnissen und Zustimmungen oder zum Erstellen von Anzeigen die Genehmigung für dieses Vorhaben.

Bestandteil dieser Baugenehmigung sind folgende Anlagen:

- 11 - Beiblätter
- Lageplan
- 1 Satz Bauzeichnungen
- Baubeschreibung
- Betriebsbeschreibung
- Brandschutzkonzept erstellt von Dipl.-Ing. Uwe Eger, 17.05.2021
- Barrierefrei-Konzept erstellt von Hanen Architekten, 08.06.2021
- Maßnahmenkatalog für Bauarbeiten in der Wasserschutzzone
- Merkblatt-Rauchmelder

Diese Genehmigung gilt auch für und gegen Ihren Rechtsnachfolger.
 Sie erlischt, wenn innerhalb von 3 Jahren nach Erteilung der Genehmigung mit der Ausführung des Bauvorhabens nicht begonnen wird oder wenn die Bauausführung ein Jahr unterbrochen worden ist.

Alle nachfolgend geforderten Nachweise senden Sie bitte **im Original** (nicht vorab und nicht per Mail) mit Angabe von Aktenzeichen, Straßenname und Antragsgegenstand an:

**Stadt Köln – Bauaufsichtsamt
 Abschnitt 630/42 – Bautechnik
 Stadthaus – Willy-Brandt-Platz 2
 50679 Köln**

Rückfragen können Sie per Mail richten an:
Bautechnik.bauaufsichtsamt@stadt-koeln.de

Folgende Anzeigen, Nachweise und Bescheinigungen sind zu stellen bzw. vorzulegen:

- Der Ausführungsbeginn ist mindestens eine Woche vorher der Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen (§ 74 Abs. 9 BauO NRW).
- Spätestens mit der Anzeige des Baubeginns sind der Bauaufsichtsbehörde einzureichen ein Nachweis über die Standsicherheit, der von einer oder einem staatlich anerkannten Sachverständigen nach § 87 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BauO NRW geprüft sein muss.
 Nachweise über Schallschutz und klimabedingter Wärme- und Feuchteschutz, die von einer oder einem staatlich anerkannten Sachverständigen nach § 87 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BauO NRW aufgestellt oder geprüft sein müssen.
 Eine Übereinstimmungserklärung zwischen Standsicherheitsnachweis und den genehmigten Plänen der Baugenehmigung (§ 7 BauPrüfVO NRW) der Entwurfsverfasserin / des Entwurfsverfassers ist vorzulegen.
- Spätestens mit der Anzeige des Baubeginns sind der Bauaufsichtsbehörde einzureichen:
 die Bescheinigung eines oder einer staatlich anerkannten Sachverständigen nach § 87 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BauO NRW, dass das Vorhaben den Anforderungen an den Brandschutz entspricht.
- Gleichzeitig sind der Bauaufsichtsbehörde die staatlich anerkannten Sachverständigen nach § 87 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BauO NRW zu benennen, die mit den stichprobenhaften Kontrollen der Bauausführung beauftragt worden sind.
- Spätestens mit der Anzeige des Baubeginns ist der Bauaufsichtsbehörde gemäß § 2 Abs. 4 EnEV-UVO der Nachweis über die Einhaltung der Anforderungen nach §§ 3, 4 oder 9 EnEV unter Berücksichtigung des klimabedingten Wärme- und Feuchteschutzes vorzulegen.

- Spätestens mit der Anzeige der abschließenden Fertigstellung (§ 84 BauO NRW) sind der Bauaufsichtsbehörde die Bescheinigung über stichprobenhafte Kontrollen der Ausführung energiesparender Maßnahmen auf der Baustelle von einer oder einem staatlich anerkannten Sachverständigen (§ 2 Abs.2 EnEV-UVO) und die Unternehmererklärung nach § 2 Absatz 3 EnEV-UVO vorzulegen.
- Vor Baubeginn ist die Bauleiterin bzw. der Bauleiter dem Bauaufsichtsamt schriftlich mitzuteilen und auf dem Bauschild deutlich zu kennzeichnen. (§ 11 und § 56 BauO NRW).
- Benennen Sie mir die oder den Fachbauleiter(-in) für die ordnungsgemäße Umsetzung des Brandschutzkonzeptes vor dem Beginn der Bauarbeiten schriftlich (§ 53 Abs. 1 BauO NRW).
- Anzeige nach Herstellung des Rohbaus (§ 84 Abs. 2 BauO NRW).
- Vor Baubeginn müssen die Grundrissfläche und die Höhenlage der genehmigten baulichen Anlage abgesteckt sein (§ 74 Abs. 8 BauO NRW).
- Die Bestätigung über den (von Ihnen) erteilten Auftrag auf Einmessung des Gebäudeumrisses gem. § 16 Abs. 2 des Vermessungs- und Katastergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.
Dieser Verpflichtung kommen Sie nach, indem Sie entweder meinem Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster unmittelbar nach Fertigstellung des Gebäudes einen Auftrag zur Gebäudeeinmessung erteilen oder die Auftragsbestätigung einer Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurin bzw. eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs vorlegen.
- Amtlicher Nachweis der öffentlich-bestellten Vermessungsingenieurin bzw. des öffentlich-bestellten Vermessungsingenieurs oder des Amtes für Liegenschaften, Vermessung und Kataster über die Einhaltung der Grundrissflächen und Höhenlagen der genehmigten baulichen Anlage nach abschließender Fertigstellung. (§ 83 Abs. 3 BauO NRW)
- Bauzustandsbesichtigung nach abschließender Fertigstellung

Hilfseinrichtungen zur statischen Sicherung von Bauzuständen sind seit Einführung der BauO NRW 2018 nicht mehr genehmigungsfrei, da § 65 Abs.1 Nr. 37 BauO NRW 2000 entfallen ist.

Derartige Maßnahmen (z.B. ein Baugrubenverbau, eine Giebelwandabstützung oder eine Unterfangung) müssen Bestandteil der vor Baubeginn erforderlichen Prüfbescheinigung nach § 12 Abs. 1 SV-VO sein. Diese Bescheinigung ist durch einen staatlich anerkannten Sachverständigen für die Prüfung der Standsicherheit auszustellen und mit der Anzeige des Baubeginns vorzulegen. Nach Abschluss der Bauhilfsmaßnahme ist die Bescheinigung über stichprobenhafte Kontrollen (§12 Abs.2 SV-VO), ausgestellt durch den staatlich anerkannten Sachverständigen, vorzulegen.

Wird eine derartige Maßnahme (z.B. ein Baugrubenverbau, eine Giebelwandabstützung oder eine Unterfangung) unvorhergesehen nach Baubeginn erforderlich, kann diese nach Vorlage einer entsprechend angepassten Prüfbescheinigung nach §12 Abs.1 SV-VO zugelassen werden. Diese Bescheinigung ist durch einen staatlich anerkannten Sachverständigen für die Prüfung der Standsicherheit auszustellen und vor Beginn der Arbeiten vorzulegen. Nach Abschluss der Bauhilfsmaßnahme ist die Bescheinigung über stichprobenhafte Kontrollen

(§12 Abs.2 SV-VO), ausgestellt durch den staatlich anerkannten Sachverständigen, vorzulegen.

Die Vorschriften der Baumschutzsatzung in der bei Erteilung der Baugenehmigung gültigen Fassung sind zu beachten. Zuständig für Anträge nach der Baumschutzsatzung ist das Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Untere Landschaftsbehörde, Stadthaus, 50679 Köln.

Sollte im Rahmen der Bauarbeiten optisch oder geruchlich verunreinigtes Bodenmaterial angetroffen werden, sind Sie verpflichtet, dem Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Abteilung Immissionsschutz, Wasser- und Abfallwirtschaft (IWA), Abteilung Boden- und Grundwasserschutz, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, einen Gutachter zu benennen, der die notwendigen Untersuchungen zur Gefährdungsabschätzung durchführt und abschließend bewertet.

Zur Vermeidung von evtl. Auseinandersetzungen über die Regulierung von Bauschäden im öffentlichen Straßenland werden Sie gebeten, vor Baubeginn das Amt für Straßen- und Verkehrsentwicklung, Willy-Brandt-Platz 2, in 50679 Köln, einzuschalten.

Einbruchschutz: Bauen und gestalten Sie Ihre Vorhaben von Anfang an so, dass es Einbrechern möglichst schwer gemacht wird. Mit relativ geringem Aufwand können Sie sich und Ihr Eigentum wirksam schützen. Fachkundige Beratung und konkrete Handlungsvorschläge erhalten Sie beim Polizeipräsidium, Walter-Pauli-Ring 2-4, 51103 Köln-Kalk, Tel. 0221/229-8008, E-Mail: KK61.koeln@polizei.nrw.de

Die Baugenehmigung und die zugehörigen Bauvorlagen müssen an der Baustelle von Baubeginn an vorliegen. Bei der Ausführung hat die Bauherrin bzw. der Bauherr ein Schild, das die Bezeichnung des Bauvorhabens und die Namen und Anschriften der Entwurfsverfasserin bzw. des Entwurfsverfassers und der Unternehmerinnen bzw. Unternehmer für den Rohbau enthalten muss, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen (§ 11 Abs. 3 BauO NRW).

Im folgenden genannte Abweichung(en) gem. § 69 BauO NRW liegt / liegen vor:

§ 31 Abs. 4 BauO NRW

§ 49 Abs. 1 BauO NRW

§ 132 Abs. 1 SBauVO

§ 134 Abs. 2 SBauVO

§ 138 Abs. 4 SBauVO

Gemäß § 48 BauO NRW sind 66 Stellplätze notwendig.

Auf die Bußgeldbestimmungen des § 86 BauO NRW bei Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Anzeigen und Abweichungen von dieser Baugenehmigung wird ausdrücklich hingewiesen.

Grüneintragungen in den Bauvorlagen sind als Nebenbestimmungen gem. § 36 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen zu beachten.

Hinweis:

Der/Die Grundstückseigentümer / Grundstückeigentümerin ist verpflichtet, auf dem oben genannten Grundstück einen Standplatz für Abfallbehälter einzurichten.

Die Einrichtung eines Standplatzes wird ausschließlich durch die Abfallsatzung der Stadt Köln in ihrer jeweils gültigen Fassung geregelt und bedarf der schriftlichen Zustimmung der Stadt Köln. Das Baugenehmigungsverfahren bleibt hiervon unberührt.

Fragen bzw. die Bitte um Zustimmung zur satzungsgemäßen Einrichtung eines Standplatzes für Abfallbehälter richten Sie bitte ausschließlich an:

Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co.KG
Maarweg 271
50825 Köln

Nähere Informationen erhalten Sie auch unter: www.awbkoeln.de

Information zur Rauchmelderpflicht nach der Bauordnung Nordrhein-Westfalen:
In Wohnungen müssen Schlafräume, Kinderzimmer sowie Flure, über die Rettungswege von Aufenthaltsräumen führen, jeweils mindestens einen Rauchwarnmelder haben. Dieser muss so eingebaut oder angebracht und betrieben werden, dass Brandrauch frühzeitig erkannt und gemeldet wird.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln erhoben werden. Die Klagefrist beginnt mit einer Zustellung dieser Entscheidung nach dem Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, andernfalls mit der Bekanntgabe dieser Entscheidung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dinc

A large, stylized handwritten signature in black ink, starting with a large 'D' and ending with a long horizontal stroke.

Auflagen:

1. Die im Plan „Lageplan BA“ eingezeichneten Aufstellflächen für tragbare Leitern der Feuerwehr dürfen nicht mit Büschen, Hecken o.ä. bepflanzt werden. Die Aufstellflächen sind ständig frei zu halten.
2. Tiefgarage:
 - Neben jedem Hauseingang ist eine Einspeiseeinrichtung für Löschwasser nach DIN 14461 Teil 2 und Teil 4 mit Anschluss an die Löschwasserleitung „trocken“ nach DIN 1988 Teil 6 und DIN 14462 Teil 2 zu installieren.
 - Da die Steigleitung ausschließlich in das Untergeschoss bzw. für die Tiefgarage und nicht in die Obergeschosse führt, ist die Einspeisung mit einem Schild nach DIN 4066 - D1 - 148 x 420 mit der Aufschrift „Löschwassereinspeisung für Schleuse Tiefgarage“ zu kennzeichnen.
 - Jede Entnahmestelle (nach DIN 14461 Teil 2 und Teil 4) der Löschwasserleitung „trocken“ muss mit einem Schild nach DIN 4066-D1 – 74 x 210 mit der Aufschrift „Steigleitung trocken für Feuerwehr“ versehen sein.
 - Der Nachweis der ausreichenden natürlichen Lüftung zur Bestätigung der Prognose durch eine CO-Langzeitmessung ist gemäß § 68 Abs. 1 Landesbauordnung und § 136 Abs. 3 SBauVO – Teil 5 Garagen erforderlich und der Bauaufsicht vorzulegen. Die Messung muss nach vollständiger Inbetriebnahme der Garage erfolgen. Der Nachweis gilt als erbracht, wenn in einem Zeitraum von mindestens einem Monat der zulässige CO-Halbstundenmittelwert von 100 ppm nicht überschritten wird. Der Nachweis muss durch einen anerkannten Prüfsachverständigen (TÜV) erbracht werden.
3. Kindertagesstätte:

Die Brandschutzordnung ist mit der Brandschutzdienststelle abzustimmen.
4. Die brandschutztechnische Stellungnahme des staatlich anerkannten Sachverständigen Dipl.-Ing. Uwe Eger (Tiefgarage & Kindertagesstätte) vom 17.05.2021 (Fortschreibung) ist Bestandteil der Baugenehmigung. Die brandschutztechnischen Eintragungen in den Brandschutzplänen sind maßgeblich. Die erhobenen Anforderungen und Empfehlungen sind vollinhaltlich zu erfüllen.
5. Die an der südlichen Rand des Baugebietes vorhandene Hecke ist zu schützen und zu erhalten. Jegliche Beeinträchtigung der Hecke, wie u.a. das Lagern von Materialien oder das Errichten von Baudurchfahrten ist zu unterlassen.
6. Gemäß § 38 BauO NRW sind die Mindesthöhen von notwendigen Umwehrungen einzuhalten.

Untere Naturschutzbehörde

Freilandartenschutz

Die zuständige Ansprechpartnerin im Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Abteilung Untere Naturschutzbehörde, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, für den Freilandartenschutz ist Frau Sivilay, Telefon 0221/221-31914.

7. Sämtliche Rodungs- und Fällarbeiten haben außerhalb der Vogelbrutzeit zu erfolgen (Brutzeit 01.03. – 30.09. eines jeden Jahres).
8. Sollten o. g. Arbeiten zwingend in die Vogelbrutzeit fallen, ist eine ökologische Baubegleitung hinzuzuziehen. Diese hat die Strukturen frühestens 2 Tage vor Beginn der Arbeiten auf Besatz durch Vögel und/ oder Fledermäuse zu untersuchen. Hierüber ist der Abteilung Untere Naturschutzbehörde unaufgefordert ein Bericht zukommen zu lassen.
9. Sollten auf den betroffenen Flächen Tiere besonders geschützter Arten festgestellt werden, so ist der Antragsteller verpflichtet, die weiteren (Bau/Rodungs-/Abbruch)Tätigkeiten unverzüglich einzustellen und umgehend mit der Abteilung Untere Naturschutzbehörde Kontakt aufzunehmen, um das weitere Vorgehen abzustimmen.
10. Das Bauvorhaben weist in einigen Bereichen größere und transparente Glasflächen auf, die ein erhöhtes Risiko für Vogelschlag darstellen. Um das Risiko zu mindern, sind nachfolgende Schadensbegrenzungsmaßnahmen auszuführen:
 - An Haus 7 ist im Erdgeschoss der gesamte verglaste Eingangsbereich (Übereck-Verglasung Süd-West zu Nord-West) kenntlich zu machen (z.B. Streifen- /Punkt- oder sonstige Muster).
 - An Haus 7 sind die Fenster der Kindertagesstätte (Nord-Ost-Fassade sowie Süd-West-Fassade) ebenfalls kenntlich zu machen.
 - An allen Häusern sind die gläsernen Balkone/Glasgeländer so zu gestalten, dass diese für Vögel als Hindernis erkennbar sind (z.B. durch Verwendung von Ornamentglas oder einer Bemusterung).
 - Bei allen größeren Fensterelementen ($> 2,50 \text{ m}^2$) ist der Außenreflexionsgrad von max. 15 % nicht zu überschreiten.

Neben den Informationen auf der Internetseite der Stadt Köln <https://www.stadt-koeln.de/artikel/63081/index.html>, verweist auch das Bundesamt für Naturschutz auf den Leitfaden zum „Vogelfreundlichen Bauen mit Glas und Licht“ (vgl. http://www.vogelglas.info/public/voegel_glas_licht_2012.pdf).

11. Sofern als Schutzmaßnahme eine Bemusterung vorgesehen wird, sind anerkannte Muster aus der Broschüre „Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht“ (Sempach, 2012) aus der grünen Kategorie oder andere geprüfte Muster zu benutzen. Abweichungen sind nur in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde zulässig.
12. Die abschließende Maßnahmenumsetzung ist vor Bauende mit der Abteilung Untere Naturschutzbehörde abzustimmen. Dafür ist die Abteilung Untere Naturschutzbehörde unaufgefordert zu kontaktieren.

Untere Immissionsschutz-, Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde

Die zuständige Ansprechpartnerin im Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Abteilung Untere Immissionsschutz-, Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, ist Frau Lanfermann, Telefon 0221/221-33712, Fax 0221/221-24686, E-Mail gudrun.lanfermann@stadt-koeln.de.

Immissionsschutz

13. Lärmintensive Bautätigkeiten sind grundsätzlich nur in der Zeit von 7 bis 20 Uhr gestattet. Während der Nachtzeit (20 bis 7 Uhr) sind lärmintensive Arbeiten verboten.*

In begründeten Ausnahmefällen kann die Abteilung Untere Immissionsschutz-, Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde eine Ausnahmegenehmigung für Arbeiten während der Nachtzeit erteilen. Diese ist 10 Tage vor dem geplanten Arbeitsbeginn zu beantragen.

Bei Baumaßnahmen in Wohngebieten sind die Regelungen der 32. Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BImSchV) zu beachten, soweit Maschinen verwendet werden, die in dieser Verordnung genannt werden.

*Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundesimmissionsschutzgesetz - BImSchG) i. V. m. der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm, Geräuschimmissionen.

14. Bei erschütterungsrelevanten Baumaßnahmen sind die Anhaltswerte der DIN 4150 einzuhalten.

Abfallwirtschaft

15. Sollten im Rahmen der Bau- / Aushubmaßnahmen

- optisch oder geruchlich verunreinigte Aushubmaterialien und / oder
- andere gefährliche Abfälle angetroffen werden bzw.
- durch die vorangegangene Nutzung entstandene, umweltrelevante Verunreinigungen (z.B. Ölkontaminationen) festgestellt werden (Geruch, Aussehen, etc.),

ist die Abteilung Untere Immissionsschutz, Wasser- und unverzüglich zu informieren und die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Im Regelfall ist vom Bauherrn ein Gutachter zu benennen, der die notwendigen Untersuchungen zur Gefährdungsabschätzung durchführt und abschließend bewertet.

16. Der Beginn und das Ende der Bau- / Aushubmaßnahmen sind der Abteilung Untere Immissionsschutz, Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde jeweils eine Woche vorher schriftlich anzuzeigen.
17. Vor Beginn der Bau- / Aushubmaßnahme ist der Abteilung Untere Immissionsschutz, Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde die für die Maßnahme verantwortliche Person zu benennen.

Wasserwirtschaft

18. Das Bauvorhaben liegt in der Wasserschutzzone III B. Die Wasserschutzgebietsverordnung Weiler vom 21.10.1991 ist zu beachten.
19. Der von der Abteilung Untere Immissionsschutz-, Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde herausgegebene Maßnahmenkatalog für Bauarbeiten in Wasserschutzgebieten mit anhängendem Alarmplan ist zu berücksichtigen. Der Katalog ist allen ausführenden Firmen zur Kenntnis zu geben und zu beachten.

20. Das Schmutz- und Niederschlagswasser muss der öffentlichen Kanalisation zugeführt werden.

Teilbereich KITA
Immissionsschutz

Zuständige Ansprechpartnerin für den Teilbereich KITA ist Frau Ott, Telefon 0221/221-25378, E-Mail daniela.ott@stadt-koeln.de.

21. Die in den Bauantragsunterlagen angegebenen Betriebszeiten (von 7:30 bis 18 Uhr) sind einzuhalten.
22. Anlieferungen für die Kindertagesstätte sind nur im Tageszeitraum (6 bis 22 Uhr) zulässig.
23. Sollte die Küche zur Herstellung von Speisen genutzt werden, so hat die Abführung der hierbei anfallenden Abluft (Abgase, Rauchgase, Gerüche) in Anwendung der Vorschriften der TA Luft "über Dach in den freien Luftstrom" derart zu erfolgen, dass keine Gefahren, erheblichen Nachteile oder Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft entstehen.
24. Sofern die anfallende Abluft aufgrund der Gebäudehöhen oder aufgrund technischer Gegebenheiten nicht in den freien Luftstrom abgeleitet werden kann, ist diese durch geeignete technische Einrichtungen so zu behandeln, dass keine Gefahren, erheblichen Nachteile oder Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft entstehen.
25. Bei der Errichtung und beim Betrieb der Filter- und Abluftbehandlungsanlagen sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik und die einschlägigen Bau- und Brandschutzvorschriften zu beachten.

Untere Bodenschutzbehörde und Grundwasserschutz

26. Sollte im Rahmen der Bauarbeiten optisch oder geruchlich verunreinigtes Bodenmaterial angetroffen werden, so ist der Antragsteller nach § 2 LBodSchG verpflichtet, dem Umwelt- und Verbraucherschutzamt unverzüglich den Sachverhalt mitzuteilen. Es ist ein Gutachter zu benennen, der die notwendigen Untersuchungen durchführt und die Risiken beurteilt.

Die zuständigen Ansprechpartner im Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Abteilung Untere Bodenschutzbehörde und Grundwasserschutz, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, sind Herr Gerhold, Telefon 0221/221-23737 und Herr Rosch, Telefon 0221/221-23538.

27. Die Zuwegung am KiTa-Eingang (Buchenweg) ist gegen das Einfahren von PKW zu sichern (Poller, o.Ä.). Damit soll das Halten/Parken des Bring- und Holverkehrs der KiTa verhindert werden.

Hinweise:

1. Nach § 13 BauO.NRW 2018 muss das Baugrundstück insbesondere im Hinblick auf seine Kampfmittelfreiheit für bauliche Anlagen entsprechend geeignet sein.
Die Verantwortung bezüglich der Kampfmittelfreiheit obliegt den am Bau Beteiligten.
2. Das Bauvorhaben ist in Teilbereichen der Gebäudeklasse 4 zuzuordnen.
3. Die geplanten Spielflächen für Kleinkinder sind so herzustellen, dass die Nutzung für Kleinkinder gefahrlos ist.

U.a. sind daher:
 - die Brüstungen mit einer Überklettersperre auszuführen.
 - die Spielgeräte mit einem ausreichenden Abstand zur Umwehrung aufzustellen.
4. Im Grundrissplan Untergeschoss 1:100 sind Grünflächen innerhalb der TG im Bereich der Tageslichtöffnungen vorgesehen. Hierbei handelt es sich laut B-Plan (Pkt. 8.3) um nicht überbaute und unbebaute Flächen. Diese sind gärtnerisch zu gestalten und dauerhaft zu unterhalten und zu pflegen.

Untere Naturschutzbehörde *Freilandartenschutz*

5. Auf die Vorschriften des § 39 Abs. 5 Ziffer 2 und 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) wird hingewiesen. Hiernach ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes, von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden oder auf den Stock zu setzen; zulässig sind schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen oder zur Gesunderhaltung von Bäumen. Weiterhin ist es verboten, Röhrichte in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September zurückzuschneiden; außerhalb dieser Zeiten dürfen Röhrichte nur in Abschnitten zurückgeschnitten werden.

Gärtnerisch genutzte Grundflächen umfassen auch Nutz- und Ziergärten, Rasensportanlagen, Friedhöfe, und Grünanlagen.
6. Die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind zu beachten. Hiernach ist es insbesondere verboten, Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Untere Immissionsschutz-, Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde *Immissionsschutz*

7. Nicht nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftige Anlagen (z.B. raumluftechnische oder anderweitige immissionsschutzrechtlich relevante Anlagen wie z. B. Tiefgaragen) sind so zu errichten und zu betreiben, dass
 - schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind,

- nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.
8. Diese Pflichten werden als erfüllt angesehen, wenn die Bedingungen der zum Bundes-Immissionsschutzgesetz erlassenen allgemeinen Verwaltungsvorschriften eingehalten werden, z.B. TA Luft, TA Lärm. Andernfalls sind jeweils gutachterliche, nachprüfbare Nachweise zu führen und der Abteilung Untere Immissionsschutz-, Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde vorzulegen. Maßnahmen zum Immissionsschutz müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen (z.B. Lärminderungstechnik).
 9. Hinsichtlich der geplanten Tiefgarage ist die Ein/Ausfahrt so zu planen, dass keine immissionsschutzrechtlichen Beeinträchtigungen (z.B. Lärm, Abgase, Lichtblendung etc.) entstehen. Dieses würde auch, sofern vorgesehen, die Bauvorhabeneigenen, in unmittelbarer Nähe angeordneten, schützenswerten Wohnräume betreffen.
 10. Die Grundsätze der Gebote der gegenseitigen Rücksichtnahme bzw. der Rücksichtslosigkeit, § 22 Bundesimmissionsschutzgesetz, i.V. m. § 15 Baunutzungsverordnung, sind anzuwenden und zu berücksichtigen.

Wasserwirtschaft

11. Zur Inbetriebnahme von Luftwärmepumpen ist keine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich. Bei diesen Anlagen ist sicherzustellen, dass die für das Baugebiet geltenden Lärmschutzbestimmungen beim Betrieb der Wärmepumpe - insbesondere beim Nachtbetrieb der Außenanlagen - eingehalten werden.
12. Bitte beachten Sie, dass es auch beim Einhalten der geltenden Lärmschutzbestimmungen durch die Geräuscentwicklung der Außenanlagen zu Beeinträchtigungen im Umfeld (Nachbarschaft) kommen kann. Daher wird empfohlen, den Installationsort der Außenanlagen sorgfältig auszuwählen und zusätzliche geräuschemindernde/-abschirmende Maßnahmen vorzusehen.

Zuständige Ansprechpartner der Abteilung Untere Immissionsschutz-, Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde sind Herr Raab, Telefon 0221/221-32774 und Herr Sohnies, Telefon 0221/221-20299 (für beide Fax 0221/ 221-24686).
13. Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die Vorschriften der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18. April 2017 zu beachten.

Teilbereich KITA: *Immissionsschutz*

14. Die Spielgeräte sollten möglichst so positioniert werden, dass keine erheblichen Lärmbelästigungen an den nächstgelegenen Immissionsorte auftreten.

Wasserwirtschaft

15. Sollte im Zuge der geplanten Nutzung durch Spül- und / oder Reinigungsvorgänge in Verbindung mit der Zubereitung von warmen und / oder kalten Speisen oder Lebensmitteln (Gaststätten, Bistros, Kantinen, Metzgereien, etc.) fett- und ölhaltiges Abwasser entstehen, kann es erforderlich sein dieses Abwasser durch z. B. einen Abscheider zu reinigen, da die Grenzwerte der Abwassersatzung der Stadtentwässerungsbetriebe AöR einzuhalten sind.

Empfohlen wird die Verwendung eines Abscheiders entsprechend der DIN EN 1825 i. V. m. der DIN 4040-100.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Stadtentwässerungsbetriebe AöR unter der Telefonnummer 0221/221-26868.

Untere Bodenschutzbehörde und Grundwasserschutz

16. Im städtischen Altlastenkataster liegen keine Erkenntnisse über Bodenbelastungen des Grundstücks vor. Die Bestimmungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) sind zu beachten.

17. Aufgrund der sensiblen Nutzung als KiTa wird empfohlen, entweder durch eine Beprobung des Oberbodens (obere 35cm) oder Aufbringen von sauberem Bodenmaterial in entsprechender Mächtigkeit sicherzustellen, dass vom Oberboden über den Wirkungspfad Boden-Mensch keine Gefährdung für spielende Kinder ausgeht.

Es wird empfohlen, die Ergebnisse dieser Überprüfung auch beim Umwelt- und Verbraucherschutzamt / Abteilung Untere Bodenschutzbehörde- und Grundwasserschutz vorzulegen.

Umweltplanung und -vorsorge *Lärmschutz*

18. Auf das Grundstück wirken Lärmimmissionen aus dem Straßenverkehr ein.

Lebensmittelüberwachung und Veterinärdienste *Überwachung Lebensmittel und Bedarfsgegenstände*

19. Nach Artikel 4 der Lebensmittelhygieneverordnung (EG) 853/2004 in Verbindung mit Anhang II Kapitel 1 ist folgendes zu beachten:

- 19.1 Betriebsstätten, in denen mit Lebensmitteln umgegangen wird, müssen sauber und stets instand gehalten sein.
- 19.2 Betriebsstätten, in denen mit Lebensmitteln umgegangen wird, müssen so angelegt, konzipiert, gebaut, gelegen und bemessen sein, dass
- a) eine angemessene Instandhaltung, Reinigung und/oder Desinfektion möglich ist, aerogene Kontaminationen vermieden oder auf ein Mindestmaß beschränkt werden und ausreichende Arbeitsflächen vorhanden sind, die hygienisch einwandfreie Arbeitsgänge ermöglichen,
 - b) die Ansammlung von Schmutz, der Kontakt mit toxischen Stoffen, das Eindringen von Fremdeilchen in Lebensmittel, die Bildung von

Kondensflüssigkeit oder unerwünschte Schimmelbildung auf Oberflächen vermieden wird,

- c) gute Lebensmittelhygiene, einschließlich Schutz gegen Kontaminationen und insbesondere Schädlingsbekämpfung, gewährleistet ist und
- d) soweit erforderlich, geeignete Bearbeitungs- und Lagerräume vorhanden sind, die insbesondere eine Temperaturkontrolle und eine ausreichende Kapazität bieten, damit die Lebensmittel auf einer geeigneten Temperatur gehalten werden können und eine Überwachung und, sofern erforderlich, eine Registrierung der Lagertemperatur möglich ist.

19.3 Es müssen genügend Toiletten mit Wasserspülung und Kanalisationsanschluss vorhanden sein. Toilettenräume dürfen auf keinen Fall unmittelbar in Räume öffnen, in denen mit Lebensmitteln umgegangen wird.

19.4 Es müssen an geeigneten Standorten genügend Handwaschbecken vorhanden sein. Diese müssen Warm- und Kaltwasserzufuhr haben; darüber hinaus müssen Mittel zum Händewaschen und zum hygienischen Händetrocknen vorhanden sein. Soweit erforderlich, müssen die Vorrichtungen zum Waschen der Lebensmittel von den Handwaschbecken getrennt angeordnet sein.

19.5 Es muss eine ausreichende und angemessene natürliche oder künstliche Belüftung gewährleistet sein. Künstlich erzeugte Luftströmungen aus einem kontaminierten in einen reinen Bereich sind zu vermeiden. Die Lüftungssysteme müssen so installiert sein, dass Filter und andere Teile, die gereinigt oder ausgetauscht werden müssen, leicht zugänglich sind.

19.6 Alle sanitären Anlagen müssen über eine angemessene natürliche oder künstliche Belüftung verfügen.

19.7 Betriebsstätten, in denen mit Lebensmitteln umgegangen wird, müssen über eine angemessene natürliche und/oder künstliche Beleuchtung verfügen.

19.8 Abwasserableitungssysteme müssen zweckdienlich sein. Sie müssen so konzipiert und gebaut sein, dass jedes Kontaminationsrisiko vermieden wird. Offene oder teilweise offene Abflussrinnen müssen so konzipiert sein, dass die Abwässer nicht aus einem kontaminierten zu einem oder in einen reinen Bereich, insbesondere einen Bereich fließen können, in dem mit Lebensmitteln umgegangen wird, die ein erhöhtes Risiko für die Gesundheit des Endverbrauchers darstellen könnten.

19.9 Soweit erforderlich, müssen angemessene Umkleideräume für das Personal vorhanden sein.

19.10 Reinigungs- und Desinfektionsmittel dürfen nicht in Bereichen gelagert werden, in denen mit Lebensmitteln umgegangen wird.

20. Räume müssen die nachfolgenden Voraussetzungen erfüllen (Anhang II Kapitel 2 der LMH VO (EG) 852/2004) :

20.1 Räume, in denen Lebensmittel zubereitet, behandelt oder verarbeitet werden (ausgenommen Essbereiche und die Betriebsstätten gemäß Kapitel III, jedoch einschließlich Räume in Transportmitteln), müssen so konzipiert und angelegt sein, dass eine gute Lebensmittelhygiene gewährleistet ist und Kontaminationen zwischen und während Arbeitsgängen vermieden werden. Sie müssen insbesondere folgende Anforderungen erfüllen:

- a) Die Bodenbeläge sind in einwandfreiem Zustand zu halten und müssen leicht zu reinigen und erforderlichenfalls zu desinfizieren sein. Sie müssen entsprechend wasserundurchlässig, Wasser abstoßend und abriebfest sein und aus nichttoxischem Material bestehen, es sei denn, die Lebensmittelunternehmer können gegenüber der zuständigen Behörde nachweisen, dass andere verwendete Materialien geeignet sind. Gegebenenfalls müssen die Böden ein angemessenes Abflusssystem aufweisen;
 - b) die Wandflächen sind in einwandfreiem Zustand zu halten und müssen leicht zu reinigen und erforderlichenfalls zu desinfizieren sein. Sie müssen entsprechend wasserundurchlässig, Wasser abstoßend und abriebfest sein und aus nichttoxischem Material bestehen sowie bis zu einer den jeweiligen Arbeitsvorgängen angemessenen Höhe glatte Flächen aufweisen, es sei denn, die Lebensmittelunternehmer können gegenüber der zuständigen Behörde nachweisen, dass andere verwendete Materialien geeignet sind,
 - c) Decken (oder soweit Decken nicht vorhanden sind, die Dachinnenseiten) und Deckenstrukturen müssen so gebaut und verarbeitet sein, dass Schmutzansammlungen vermieden und Kondensation, unerwünschter Schimmelbefall sowie das Ablösen von Materialteilchen auf ein Mindestmaß beschränkt werden,
 - d) Fenster und andere Öffnungen müssen so gebaut sein, dass Schmutzansammlungen vermieden werden. Soweit sie nach außen öffnen können, müssen sie erforderlichenfalls mit Insektengittern versehen sein, die zu Reinigungszwecken leicht entfernt werden können. Soweit offene Fenster die Kontamination begünstigen, müssen sie während des Herstellungsprozesses geschlossen und verriegelt bleiben,
 - e) Türen müssen leicht zu reinigen und erforderlichenfalls zu desinfizieren sein. Sie müssen entsprechend glatte und Wasser abstoßende Oberflächen haben, es sei denn, die Lebensmittelunternehmer können gegenüber der zuständigen Behörde nachweisen, dass andere verwendete Materialien geeignet sind
und
 - f) Flächen (einschließlich Flächen von Ausrüstungen) in Bereichen, in denen mit Lebensmitteln umgegangen wird, und insbesondere Flächen, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, sind in einwandfreiem Zustand zu halten und müssen leicht zu reinigen und erforderlichenfalls zu desinfizieren sein. Sie müssen entsprechend aus glattem, abriebfestem, korrosionsfestem und nichttoxischem Material bestehen, es sei denn, die Lebensmittelunternehmer können gegenüber der zuständigen Behörde nachweisen, dass andere verwendete Materialien geeignet sind.
- 20.2 Geeignete Vorrichtungen zum Reinigen, Desinfizieren und Lagern von Arbeitsgeräten und Ausrüstungen müssen erforderlichenfalls vorhanden sein. Diese Vorrichtungen müssen aus korrosionsfesten Materialien hergestellt, leicht zu reinigen sein und über eine angemessene Warm- und Kaltwasserzufuhr verfügen.
- 20.3 Geeignete Vorrichtungen zum Waschen der Lebensmittel müssen erforderlichenfalls vorhanden sein. Jedes Waschbecken bzw. jede andere Vorrichtung zum Waschen von Lebensmitteln muss im Einklang mit den Vorschriften des Kapitels VII über eine angemessene Zufuhr von warmem und/oder kaltem Trinkwasser verfügen und sauber gehalten sowie erforderlichenfalls desinfiziert werden.

21. Die vorhandenen Straßenhöhen (Bürgersteighinterkante) sind einzuhalten.
22. Der öffentliche Gehweg des Flurstücks 2041 und 3174 (südlicher Knoten) ist nicht in voller Breite des Flurstücks ausgebaut. Für den Übergang muss der Antragsteller für eine provisorische Zuwegung selbst sorgen.
23. Die Garagenrampe ist entsprechend der Sonderbauverordnung auszuführen.
24. Rechtzeitig vor Baubeginn ist das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, Ausführungsabteilung 665/3, Herr Hainke: Rufnummer (0221) 221-30277 oder Herr Theis: (0221) 221-29127 zu informieren, damit eine gemeinsame Beweissicherung durchgeführt werden kann. Unterbleibt eine Beweissicherung aus Gründen, die der Bauherr zu vertreten hat, gelten die öffentlichen Verkehrsflächen als mangelfrei und es obliegt dem Bauherrn zu beweisen, dass schon vor Baubeginn Mängel vorhanden waren.
25. Notwendige Änderungen an der öffentlichen Verkehrsfläche, sowie die Beseitigung von Schäden, die im Rahmen des Bauvorhabens an öffentlichen Flächen entstehen, gehen zu Lasten des Antragstellers.
26. Sämtliche Arbeiten sind vorher mit dem Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung abzustimmen und so zu planen und auszuführen, dass alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten, alle anerkannten Regeln der Technik beachtet und alle sicherheitstechnischen Erfordernisse erfüllt werden. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass nach Abschluss der Arbeiten eine barrierefreie Benutzung des öffentlichen Straßenlandes möglich ist. Während der Ausführung sind Einschränkungen der Barrierefreiheit auf das unvermeidliche Minimum zu beschränken.
27. Die Arbeiten für die Leitungsanschlüsse (Gas-, Wasser-, Strom-, Telekommunikationsanschluss, Kanalhausanschluss,...) des Bauvorhabens, sind durch den Bauherrn so zu koordinieren, dass nur eine Aufgrabung im öffentlichen Straßenland durchgeführt wird. Die Wiederherstellung des Straßenaufbaus ist nur als eine zusammenhängende rechteckige Aufgrabung zulässig.
28. Die Ausgestaltung der Gehwegüberfahrten im öffentlichen Straßenland ist zwingend im Vorfeld mit 665/3, Herr Hainke: Rufnummer (0221) 221-30277 oder Herr Theis: (0221) 221-29127, abzustimmen. Nicht mehr benötigte Überfahrten sind rückzubauen. Anlagen aller Art (z.B. Großuhren) dürfen die Sicht auf Signalgeber einer Ampelanlage nicht behindern. Sollte dies bei einer aufgestellten Anlage dennoch der Fall sein, muss sie auf Kosten des Antragstellers versetzt werden. Sollten generell Signalanlagen von dem Vorhaben betroffen sein, sind die erforderlichen Änderungen grundsätzlich mit dem Amt für Verkehrsmanagement, Abteilung Planung, Bau und Betrieb von Lichtsignalanlagen, 642, Rufnummer (0221) 221-27273, Frau Rosenstein, abzustimmen. Sind von der Baumaßnahme bewirtschaftete Parkplätze und/oder Ladezonen in Bewohnerparkgebieten, Standortänderungen bestehender Parkscheinautomaten oder sonstiger bewirtschafteter Parkraum betroffen, so ist 661/2, Herr Schipper, Rufnummer (0221) 221-27160 zu kontaktieren.
29. Sind Verkehrszeichen als Bodenmarkierung zu verändern (VZ 298 StVO „Sperrfläche“ oder VZ 299 StVO „Grenzmarkierung für Halt- und Parkverbote“), so ist

662/1 Frau Lorenscheit-Kohl unter der Rufnummer (0221) 221-27802 zu kontaktieren.

30. Für sämtliche Baumaßnahmen in öffentlichen Flächen, sind ausschließlich die vom Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung zugelassenen Fachfirmen zu beauftragen.
31. Versäumnisse des Antragstellers, die sich aus Nichtbeachtung dieser Forderungen ergeben, insbesondere der Beweissicherung, gehen ebenfalls zu dessen Lasten.
32. Eine Inanspruchnahme öffentlichen Straßenlandes ist nicht beantragt und von der Erteilung der Bauerlaubnis nicht umfasst.
33. Für das Bauvorhaben wird später auf Antrag des Bauherrn die Straßen- und Hausnummernbezeichnung festgesetzt. Der Antrag ist an das Bauverwaltungsamt, Willy-Brandt-Platz 2, 50769 Köln zu richten. Dem Antrag beizufügen ist die erste Seite der Baugenehmigung und ein aussagekräftiger Lageplan mit gekennzeichnetem Eingang.
34. Das Grundstück ist entwässerungstechnisch erschlossen. Die öffentliche Abwasseranlage entwässert im Mischsystem. Die Entwässerungsplanung befindet sich bereits in Abstimmung mit den StEB-Köln.

Die Entwässerungsplanung muss zeitnah und rechtzeitig vor Baubeginn mit den StEB Köln abgestimmt werden. Die Abstimmungen beinhalten alle relevanten Themen zur Grundstücksentwässerung, wie z.B. das Bestehen von Einleitungsbeschränkungen, Auflagen zur Niederschlagswasserbeseitigung und Versickerungspflicht, Überflutungsnachweis, Wiederverwendung vorhandener Anschlüsse, Rückstauschutz u.a. Die Kontaktaufnahme erfolgt unter: 0221-221-23760 oder unter kanalanschluss@steb-koeln.de.
35. Erst nachgelagert zum o.g. Beratungsgespräch kann der Kanalanschlussschein beantragt werden.

Ein Kanalanschlussschein ist für Neuanschlüsse, Wiederverwendungen und endgültige Stilllegungen online unter www.steb-koeln.de/service/formulare zu beantragen. Sie können auch die Suchfunktion auf der Startseite nutzen und dort „Kanalanschlussschein“ eingeben. Der Antrag sollte mindestens 8 Wochen vor dem beabsichtigten Anschlussstermin bei den StEB Köln gestellt werden. Die Bearbeitungsdauer kann aufwandsabhängig im Einzelfall 8 Wochen überschreiten.
36. Die Maßnahmen bzgl. Tiefgaragenein- und -ausfahrt aus dem Verkehrsgutachten (S. 13) sind umzusetzen.
37. Der Gehweg auf den Tiefgaragenrampen ist über die gesamte Rampenlänge zu markieren.
38. Die PKW-Stellplätze für Mitarbeiter*innen in der Tiefgarage sind zuzuweisen (Empfehlung: STP 62-66).

Bitte wenden Sie sich bei Fragen zur Stellungnahme der Verkehrsplanung (661/3) direkt an Frau Göldner, Rufnummer (0221) 221-25340.

Maßnahmenkatalog für Bauarbeiten in Wasserschutzgebieten
in der örtlichen Zuständigkeit der Stadt Köln, Die Oberbürgermeisterin,
Umwelt- und Verbraucherschutzamt
- Immissionsschutz, Wasser- und Abfallwirtschaft (IWA) -

Wasserschutzgebiete dienen dem besonderen Schutz der Trinkwasserversorgung. Deshalb ist bei Bauarbeiten in Wasserschutzgebieten eine besondere Sorgfalt aller am Bauvorhaben Beteiligten zum Schutze von Boden, Grundwasser erforderlich.

Zu diesem Zweck ist in den Wasserschutzgebieten für die Zeit der Bauausführung - entsprechend den Regelungen der geltenden Wasserschutzgebietsverordnungen und den gesetzlichen und allgemeinen Anforderungen zum Boden und Grundwasserschutz - Folgendes besonders zu beachten:

Allgemeines

Gefährdungshaftung: Für Schäden die durch die Baumaßnahme an Grundwasser, Gewässern oder Boden entstehen, haftet – unabhängig von einer Widerrechtlichkeit der Handlung oder einem Verschulden – der Verursacher (Gefährdungshaftung gem. § 89 Wasserhaushaltsgesetz)

Verantwortlicher: Für die Baumaßnahme ist ein Verantwortlicher für alle im Sinne des Gewässerschutzes erforderlichen Sicherungs- und Vorsorgemaßnahmen zu benennen und auf dem Alarmplan (siehe Anlage) aufzunehmen.

Belehrung: Die Mitarbeiter und Verantwortlichen der eingesetzten Firmen sind vom verantwortlichen Bauleiter über die besonderen Anforderungen für Baumaßnahmen in Wasserschutzgebieten zu belehren. Über die Belehrung ist eine Niederschrift anzufertigen.

Alarmplan: Es ist ein Alarmplan (siehe Anlage) auszuhängen, über den alle am Bau Beschäftigten zu unterrichten sind. Der Alarmplan muss an gut sichtbarer und dauernd zugänglicher Stelle auf der Baustelle angebracht sein.

Meldung: Sollte trotz aller Vorsorge eine Verunreinigung des Untergrundes oder eines Gewässers eintreten, so muss unverzüglich eine Meldung nach dem Alarmplan erfolgen.

Mögliche **Gegenmaßnahmen** zum Schutze des Grundwassers, der oberirdischen Gewässer, des Bodens, der öffentlichen Kanalisation müssen sofort eingeleitet werden.

Eine **Entsorgung** von eventuell verunreinigtem Boden hat im Einvernehmen mit der IWA zu erfolgen.

Zustimmung: Sollte es nicht möglich sein, bestimmte dem Gewässer-, Boden- und Grundwasserschutz dienende Anforderungen einzuhalten, so ist vor Baubeginn die Zustimmung der IWA einzuholen.

Umgang mit wassergefährdenden Stoffe

Lagerung: Wassergefährdende Stoffe sind so zu lagern und zu sichern (z. B. in dichter Wanne aus geeignetem Material), dass eine Verunreinigung des Bodens nicht zu erwarten ist.

Stationäre Verbrennungsmotoren und Aggregate sind vorzugsweise auf befestigtem und dichtem Untergrund oder mit entsprechenden Schutzvorrichtungen (z. B. Wannen) aufzustellen.

Hilfsmittel für den Notfall: Hilfsmittel zur Aufnahme und zum Auffangen von ausgelaufenem Ölen, Treibstoffen oder Ähnlichem sind bereitzuhalten (z. B. Ölbindemittel).

Alarmplan

Unfälle beim Umgang mit Mineralölen und sonstigen wassergefährdenden Stoffen (kurz Öl- und Giftunfälle), können zu erheblichen Umweltschäden und Gefahren für die Allgemeinheit führen.

Zum Schutze des Grundwassers, der oberirdischen Gewässer, des Bodens, der öffentlichen Kanalisation und Abwehr sonstiger Gefahren für die Allgemeinheit, müssen bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen unverzüglich Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Öl- und Giftunfälle sind gemäß § 122 Absatz 3 des Landeswassergesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (LWG) unverzüglich der zuständigen Umweltschutzbehörde, der Polizei oder der Feuerwehr anzuzeigen.

Feuerwehr 0221 / 9748-0
Notruf..... 112

Polizei 0221 / 229-1
Notruf..... 110

Stadt Köln, Umwelt - und Verbraucherschutzamt
Immissionsschutz, Wasser- und Abfallwirtschaft (IWA)
Willy-Brandt-Platz 2; 50679 Köln
FAX 0221 / 221 - 24686

Herr Schmitz 0221 / 221-24935
Herr Bohl 0221 / 221-23558
Amtsleitung 0221 / 221-26664

RheinEnergie AG 0221 / 178-0
..... 0221 / 178-4749

außerhalb der Dienstzeit:

über die Berufsfeuerwehr 0221 / 9748-0
Notruf..... 112

Verantwortlicher für alle im Sinne des Gewässerschutzes erforderlichen Sicherungs- und Vorsorgemaßnahmen für diese Baumaßnahme:



Name, Vorname, Telefon

Dieser Alarmplan muss an gut sichtbarer und dauernd zugänglicher Stelle auf der Baustelle angebracht werden.

Das Betanken, Reparieren und Abschmieren von Maschinen und Fahrzeugen im Bereich von Baugruben ist nicht gestattet. Es dürfen nur Maschinen eingesetzt werden, bei denen mit Ölverlusten nicht zu rechnen ist und deren Hydrauliksystem vorzugsweise mit biologisch abbaubarem Öl befüllt ist.
Kontrolle: Baumaschinen sind vor ihrem erstmaligen Gebrauch und während des Betriebes täglich durch einen Verantwortlichen auf Dichtigkeit hinsichtlich Schmier- und Treibstoffverlusten zu prüfen.
Das Fahren und Abstellen von Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotoren ist auf das zur Baudurchführung notwendige Maß zu beschränken. Fahrzeuge sind vorzugsweise auf wasserundurchlässiger und an das Kanalnetz angeschlossenen Flächen abzustellen.
Fahrzeugwäschen im Baustellenbereich, auf unbefestigten Flächen und auf Straßen sind nicht zulässig.
Toilettenanlagen dürfen nur außerhalb der Baugruben aufgestellt werden. Mit der Entsorgung der Sammelbehälter ist ein zugelassenes Unternehmen zu beauftragen oder ein Kanalanschluss zu beantragen. Der Standort der Toilettenanlage ist in größtmöglicher Entfernung zur Baumaßnahme/Baugrube und zu vorhandenen Gewässern zu wählen.
Bauarbeiten/Baustoffe
Baustoffe: Es dürfen bei Baumaßnahmen keine Stoffe verwendet werden, von denen bei oder nach deren Verwendung eine nachteilige Beeinträchtigung des Untergrundes oder der Gewässer zu erwarten ist (Schalungsöle, Betonzusatzmittel, Vergussmassen usw.).
Verfüllmaterialien: Zur Wiederverfüllung der Baugrube ist vorzugsweise das ausgehobene Material wieder zu verwenden, sofern keine Verunreinigung vorliegt. Im Übrigen darf nur unbelasteter Erdaushub oder unbelastetes Naturmaterial (z. B. Schotter, Kies) verwendet werden.
Zustimmung: Sollten Zweifel über die Unschädlichkeit für Boden und Grundwasser bei der Verwendung bestimmter (Bau-) Stoffe oder Verfüllmaterialien bestehen, so ist zunächst eine Verwendung von nachweislich unschädlichen Stoffen vorzusehen. Sollte dies nicht möglich sein, dürfen entsprechende (Bau-)Stoffe nur nach Zustimmung durch die IWA verwendet werden.
Recyclingmaterialien: Die Verwendung von Recyclingmaterialien (z. B. aufbereiteter Bauschutt (RCL), Schlacken, Hüttensanden) ist in den Wasserschutzzonen I, II, III und IIIA verboten. In Wasserschutzzonen IIIB sowie außerhalb von Wasserschutzgebieten ist eine wasserrechtliche Erlaubnis der IWA erforderlich.
Betonreste: Überschüssiger Beton ist schadlos (z. B. in einem flüssigkeitsdichten Container) zu entsorgen.
Oberflächenwasser (Regenwasser) von angrenzenden Geländeflächen ist von den Baugruben fernzuhalten.
Schutz des gewachsenen Bodens: Bei den Bauarbeiten ist besonders darauf zu achten, dass die gewachsenen Deckschichten nicht mehr als unbedingt notwendig beseitigt werden, weil diese einen besonderen Schutz des Grundwassers gewährleisten.
Winterbetrieb: Bei Schnee- und Eisglätte sind Splitt oder ähnliche Materialien als Streugut zu verwenden (kein aufbereiteter Bauschutt). Die Verwendung von Streusalz oder anderen auftauenden Stoffen ist nur an besonderen Gefahrenstellen auf befestigten Flächen zulässig.

Merkblatt

Informationen zum Thema Rauchmelder sowie weitergehende Informationen zum Thema Verhalten bei Bränden finden Sie unter http://www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/schutz-sicherheit/gefahrenabwehr-feuerwehr-katastrophenschutz/brandschutz_2211.html im Internet oder Sie wenden sich bei Fragen an:

CallNRW Bürger- und Servicecenter unter der Rufnummer: **0180 3 100 110**.

Und hier noch ein paar Tipps zur Ausstattung von Wohnung und Haus

Ob neue Wohnung oder bereits bewohntes Haus, mit wenig Aufwand erhöhen Sie den Schutz vor Bränden. Machen Sie den Brand-Check. Vieles erreichen Sie durch gezielte Aufmerksamkeit ohne zusätzliche Kosten. Und schon für den Preis eines Kinobesuches erhalten Sie wirksamen Schutz, beispielsweise durch einen Rauchmelder.

◆ Rauchmelder

Statten Sie Ihre Wohnräume mit Rauchmeldern aus. Das ist ein einfaches und preiswertes Mittel, Brände so früh wie möglich zu erkennen. Ein schriller Piepton warnt Sie vor der entstehenden Gefahr. So haben Sie Zeit, noch rechtzeitig einzugreifen oder Hilfe zu holen.

Standort und Installation

Sie sollten auf jeder Etage mindestens einen Rauchmelder an zentraler Stelle anbringen, beispielsweise im Flur. Noch besser: Installieren Sie jeweils einen Melder im Arbeitszimmer, den Schlaf- und Kinderzimmern sowie im Keller und auf dem Dachboden. Küche und Bad eignen sich weniger, da dort Dämpfe Fehlalarme auslösen können. Das Alarmsignal sollte überall deutlich gehört werden können. Befestigen Sie Rauchmelder grundsätzlich mittig an der Decke eines Raumes.

Regelmäßig testen

Möchten Sie sichergehen, dass Ihre Brandmelder im Ernstfall tatsächlich funktionieren? Dann kontrollieren Sie sie monatlich mit der Prüftaste. Übermalen, verdecken und bekleben Sie sie nicht und stauben Sie die Geräte einmal im Jahr ab. Bei einem guten Rauchmelder finden Sie ausführliche Hinweise zu Montage und Betrieb in der beiliegenden Bedienungsanleitung.

◆ Fluchtwege

Üben Sie den Ernstfall – auch mit ihren Kindern: Welche Fluchtwege können Sie benutzen? Da ein Weg blockiert sein könnte, sollte es immer zwei Möglichkeiten geben. Halten Sie Fluchtwege stets frei. Benutzen Sie niemals einen Aufzug als Fluchtweg, da dieser zur tödlichen Falle werden kann.

◆ Türen und Fenster

Gerade in Mehrfamilienhäusern ist die Haustür nachts abgeschlossen. Dies kann im Notfall zum Problem werden. Nicht immer reicht die Zeit, den Schlüssel zu finden. Sie können sich vor Einbrüchen schützen und trotzdem im Brandfall schnell das Haus verlassen: Montieren Sie an Stelle eines normalen Schließzylinders einen so genannten Drehknaufzylinder. Achten Sie aber auch darauf, dass die Fenster leicht zu öffnen sind. Stellen Sie sie nicht mit Dekoration zu.

◆ Elektroinstallationen

Defekte oder überlastete Elektroinstallationen durch Verlängerungskabel, Mehrfachsteckdosen oder „gebastelte“ Kabelwege gehören zu den häufigsten Brandursachen in Privathaushalten. Risiken, die sich vermeiden lassen. Grundsätzlich gilt: Ziehen Sie bei Elektroinstallationen einen Fachmann zu Rate. Achten Sie beim Kauf

elektrischer Geräte auf die Zeichen GS (Geprüfte Sicherheit) und VDE (Verband der Elektrotechnik).

♦ **Löschmittel und Feuerlöscher**

Ist der Brand noch klein, dann ist Wasser meistens das ideale Löschmittel. Mit einer Gießkanne, einem Schlauch oder sogar einer Tasse können Sie ein kleines Feuer selbst löschen. Ziehen Sie bei Elektrogeräten, wenn möglich, den Stecker. Wollen Sie auf Nummer sicher gehen? Dann halten Sie an zentraler Stelle im Haus einen Feuerlöscher bereit. Über die Wahl des richtigen Löschmittels – Wasser, Pulver oder Schaum – beraten Sie der Fachhandel oder die Feuerwehr. Die Bedienung eines Feuerlöschers ist einfach und mit Bildern auf dem Gerät beschrieben.

Es brennt

In erster Linie gilt: Bewahren Sie bei einem Feuer Ruhe. Ein kleines Feuer können Sie vielleicht selbst löschen. Wenn das nicht mehr möglich ist, holen Sie Hilfe.

Feuerwehr ist kostenlos

Haben Sie kein schlechtes Gewissen oder Angst vor Vorwürfen. Der Einsatz der Feuerwehr ist kostenlos, auch wenn Sie das Feuer selbst verursacht haben. Sie müssen keine Kostenforderungen befürchten, selbst wenn sich herausstellt, dass ein Einsatz der Feuerwehr nicht notwendig war.

Hilfe rufen

Verlassen Sie den unmittelbaren Gefahrenbereich und rufen Sie sofort die Feuerwehr. Sie ist von jedem Telefon unter der **Notrufnummer 112** zu erreichen. Machen Sie eindeutige Angaben:

Werruft an? Nennen Sie Ihren Namen.

Wobrennt es? Geben Sie die genaue Adresse an.

Wasist passiert? Beschreiben Sie kurz, was brennt.

Wieist die Situation? Sind Menschen in Gefahr? Gibt es Verletzte?

WartenSie auf Rückfragen. Die Notrufstelle beendet das Gespräch.

evohaus GmbH
Emil-Nolde-Str. 2, 76227 Karlsruhe

76227 Karlsruhe, den

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Köln
Bauaufsichtsamt
Willy-Brandt-Platz 2

50679 Köln

Aktenzeichen: 63/B13/2093/2020
Straße/Hausnummer: Zum Dammfelde ohne Nr.
Gemarkung: Lövenich Flur: 52 Flurstück: 3176 / 0
Gemarkung: Lövenich Flur: 52 Flurstück: 3177 / 0
Gemarkung: Lövenich Flur: 52 Flurstück: 3178 / 0
Gemarkung: Lövenich Flur: 52 Flurstück: 3179 / 0
Gemarkung: Lövenich Flur: 52 Flurstück: 3175 / 0

Antragsgegenstand: Erteilung einer Baugenehmigung zur Errichtung von Garagen mit mehr als 1.000 qm Nutzfläche hier: 89 Stellplätze unterirdisch, 4 Stellplätze für Besucher der Kindertagesstätte oberirdisch, sowie die Errichtung von 6 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 63 Wohneinheiten und einer 3-geschossigen Kindertagesstätte mit 6 Gruppen und einer Kinderbetreuung für 100 Kinder zwischen 0 und 6 Jahren

Mit der Ausführung des oben genannten Vorhabens wird am _____ begonnen.

(Unterschrift)

Gemäß § 56 BauO NRW wird folgende Person als Bauleiterin/Bauleiter benannt:

Name, Vorname (ggf. Firma)

Anschrift (PLZ, Ort, Strasse, Nr.)

Tel.:

ggf. Berufsbezeichnung

Bei Vorhaben mit geprüfter Statik wird folgende/r staatlich anerkannte/r Sachverständige/r benannt, welche die stichprobenhaften Kontrollen während der Bauausführung durchführt.

Name, Vorname (ggf. Firma)

Anschrift (PLZ, Ort, Strasse, Nr.)

Tel.:

ggf. Berufsbezeichnung

Folgende Anlagen sind diesem Schreiben beigelegt (Bitte entsprechendes ankreuzen)

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Wärmeschutznachweis bzw. EnEV-Nachweis | <input type="checkbox"/> Schallschutznachweis |
| <input type="checkbox"/> Brandschutznachweis | <input type="checkbox"/> Standsicherheitsnachweis (Statik) |

Hilfseinrichtungen zur statischen Sicherung von Bauzuständen sind seit Einführung der BauO NRW 2018 nicht mehr genehmigungsfrei. Derartige Maßnahmen (z.B. ein Baugrubenverbau, eine Giebelwandabstützung oder eine Unterfangung) müssen Bestandteil der vor Baubeginn erforderlichen Prüfbescheinigung nach § 12 Abs. 1 SV-VO sein. Wird eine derartige Maßnahme unvorhergesehen nach Baubeginn erforderlich, kann diese nach Vorlage einer entsprechend angepassten Prüfbescheinigung nach § 12 Abs. 1 SV-VO zugelassen werden. Nach Abschluss der Bauhilfsmaßnahme ist die Bescheinigung über stichprobenhafte Kontrollen (§ 12 Abs. 2 SV-VO), ausgestellt durch den staatlich anerkannten Sachverständigen, vorzulegen.

Übereinstimmungserklärung § 7 Bauprüfverordnung

Aktenzeichen: 63/B13/2093/2020

Bauvorhaben: Erteilung einer Baugenehmigung zur Errichtung von Garagen mit mehr als 1.000 qm Nutzfläche hier: 89 Stellplätze unterirdisch, 4 Stellplätze für Besucher der Kindertagesstätte oberirdisch, sowie die Errichtung von 6 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 63 Wohneinheiten und einer 3-geschossigen Kindertagesstätte mit 6 Gruppen und einer Kinderbetreuung für 100 Kinder zwischen 0 und 6 Jahren Zum Dammfelde ohne Nr.

Die im Prüfbericht Nr. des staatl. anerkannten Sachverständigen

vom genannten Unterlagen stimmen mit den Bauantragsplänen

vom Index, überein.

Datum / Unterschrift / Stempel Entwurfsverfasser

Die Übereinstimmungserklärung zum 1. Prüfbericht ist zur Erteilung der Baugenehmigung unbedingt erforderlich.

Hinweis:

Sollten Teilprüfberichte erstellt werden, bitte ich, mir zeitgleich dazu auch auf diese Prüfberichte bezogene Übereinstimmungserklärungen zukommen zu lassen.

Generell bitte ich darum, alle Teilprüfberichte gesammelt zum Ende des Bauvorhabens inkl. aller Übereinstimmungserklärungen einzureichen, vorausgesetzt es handelt sich **nicht** um baugenehmigungsrelevante Umplanungen.

Übereinstimmungserklärung § 7 BauPrüfVO

Aktenzeichen: 63/B13/2093/2020

Bauvorhaben: Erteilung einer Baugenehmigung zur Errichtung von Garagen mit mehr als 1.000 qm Nutzfläche hier: 89 Stellplätze unterirdisch, 4 Stellplätze für Besucher der Kindertagesstätte oberirdisch, sowie die Errichtung von 6 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 63 Wohneinheiten und einer 3-geschossigen Kindertagesstätte mit 6 Gruppen und einer Kinderbetreuung für 100 Kinder zwischen 0 und 6 Jahren Zum Dammfelde ohne Nr.

Die eingereichten Unterlagen vom:

(z.B. Wärmeschutz-, Schallschutz und Brandschutznachweis)

(Datum)

☐ stimmen mit den genehmigten Plänen der Baugenehmigung,

Aktenzeichen: _____ vom _____
überein.

☐ stimmen mit den Bauantragsplänen vom _____

Index: _____ überein.

Unterschrift / Stempel Entwurfsverfasser

evohaus GmbH
Emil-Nolde-Str. 2, 76227 Karlsruhe

76227 Karlsruhe, den

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Köln
Bauaufsichtsamt
Willy-Brandt-Platz 2

50679 Köln

Aktenzeichen: 63/B13/2093/2020
Straße/Hausnummer: Zum Dammfelde ohne Nr.

Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3176 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3177 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3178 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3179 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3175 / 0

Antragsgegenstand: Erteilung einer Baugenehmigung zur Errichtung von Garagen mit mehr als 1.000 qm Nutzfläche hier: 89 Stellplätze unterirdisch, 4 Stellplätze für Besucher der Kindertagesstätte oberirdisch, sowie die Errichtung von 6 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 63 Wohneinheiten und einer 3-geschossigen Kindertagesstätte mit 6 Gruppen und einer Kinderbetreuung für 100 Kinder zwischen 0 und 6 Jahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit zeige ich an, dass der Rohbau (tragende Teile, ggf. Brandwände sowie die Dachkonstruktion) für das o.a. Vorhaben amfertiggestellt sein wird.

Hinweis: Nach § 84 Abs. 2 Bauordnung NRW muss die Anzeige eine Woche vor dem Fertigstellungstermin bei der Bauaufsichtsbehörde eingehen.

Eine Besichtigung des Bauzustandes vor Einbau der schließenden und bekleidenden Bauteile ist dann möglich.

(Datum, Unterschrift)

evohaus GmbH
Emil-Nolde-Str. 2, 76227 Karlsruhe

76227 Karlsruhe, den

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Köln
Bauaufsichtsamt
Willy-Brandt-Platz 2

50679 Köln

Aktenzeichen: 63/B13/2093/2020
Straße/Hausnummer: Zum Dammfelde ohne Nr.

Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3176 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3177 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3178 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3179 / 0
Gemarkung: Lövenich	Flur: 52	Flurstück: 3175 / 0

Antragsgegenstand: Erteilung einer Baugenehmigung zur Errichtung von Garagen mit mehr als 1.000 qm Nutzfläche hier: 89 Stellplätze unterirdisch, 4 Stellplätze für Besucher der Kindertagesstätte oberirdisch, sowie die Errichtung von 6 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 63 Wohneinheiten und einer 3-geschossigen Kindertagesstätte mit 6 Gruppen und einer Kinderbetreuung für 100 Kinder zwischen 0 und 6 Jahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiermit zeige ich an, dass das o.a. Vorhaben amfertiggestellt sein wird.
Hinweis: Nach § 84 Abs. 2 Bauordnung NRW muss die Anzeige eine Woche vor dem Fertigstellungstermin bei der Bauaufsichtsbehörde eingehen.

Ich habe dieser Anzeige folgende Bescheinigungen gemäß § 84 Abs. 4 der Bauordnung NRW als Anlage beigefügt:

.....
.....
.....

(Datum, Unterschrift)

Baustellenschild

für die Ausführung eines genehmigungspflichtigen Vorhabens

Bauvorhaben	Genaue Bezeichnung des Vorhabens Erteilung einer Baugenehmigung zur Errichtung von Garagen mit mehr als 1.000 qm Nutzfläche hier: 89 Stellplätze unterirdisch, 4 Stellplätze für Besucher der Kindertagesstätte oberirdisch, sowie die Errichtung von 6 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 63 Wohneinheiten und einer 3-geschossigen Kindertagesstätte mit 6 Gruppen und einer Kinderbetreuung für 100 Kinder zwischen 0 und 6 Jahren Bauort (Straße, Hausnummer, Ortsteil) Zum Dammfelde ohne Nr												
	Baugrundstück (Gemarkung, Flur, Flurstück) Gemarkung: Lövenich Flur: 52 Flurstück: 3176 / 0 Gemarkung: Lövenich Flur: 52 Flurstück: 3177 / 0 Gemarkung: Lövenich Flur: 52 Flurstück: 3178 / 0 Gemarkung: Lövenich Flur: 52 Flurstück: 3179 / 0 Gemarkung: Lövenich Flur: 52 Flurstück: 3175 / 0												
	<table border="1"> <tr> <td colspan="2" data-bbox="116 799 539 891">Entwurfsverfasserin / Entwurfsverfasser</td> <td colspan="2" data-bbox="547 799 1382 891">Name, Vorname Architekturbüro Hanen Architekten</td> </tr> <tr> <td colspan="2" data-bbox="116 891 539 987"></td> <td colspan="2" data-bbox="547 891 1382 987">Anschrift 76227 Karlsruhe Emil-Nolden-Str. 2</td> </tr> <tr> <td data-bbox="116 987 539 1088"></td> <td data-bbox="547 987 924 1088">Telefon (mit Vorwahl) 0721/7509928-50</td> <td data-bbox="932 987 1382 1088">Telefax (mit Vorwahl) -66</td> <td></td> </tr> </table>		Entwurfsverfasserin / Entwurfsverfasser		Name, Vorname Architekturbüro Hanen Architekten				Anschrift 76227 Karlsruhe Emil-Nolden-Str. 2			Telefon (mit Vorwahl) 0721/7509928-50	Telefax (mit Vorwahl) -66
Entwurfsverfasserin / Entwurfsverfasser		Name, Vorname Architekturbüro Hanen Architekten											
		Anschrift 76227 Karlsruhe Emil-Nolden-Str. 2											
	Telefon (mit Vorwahl) 0721/7509928-50	Telefax (mit Vorwahl) -66											
Unternehmerin / Unternehmer für den Rohbau (von Bauherrin bzw. Bauherr auszufüllen)	Name, Vorname												
	Anschrift												
	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax (mit Vorwahl)											
Bauleiterin / Bauleiter	Name, Vorname												
	Anschrift												
	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax (mit Vorwahl)											
Bauschein	Baugenehmigung Nummer:		erteilt am										
	63/B13/2093/2020		29. Sep. 2021										
	Bauaufsichtsbehörde: Stadt Köln, Die Oberbürgermeisterin Bauaufsichtsamt, Willy-Brandt-Platz2, 50679 Köln												
Für die Richtigkeit der Angaben:	Bauherrin/Bauherr (Name, Vorname)	Telefon (mit Vorwahl)											

Bei der Ausführung genehmigungsbedürftiger Bauvorhaben nach § 64 Abs. 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-BauO NRW hat die Bauherrin bzw. der Bauherr an der Baustelle ein Schild, das die Bezeichnung des Bauvorhabens und die Namen und Anschriften der Entwurfsverfasserin bzw. des Entwurfsverfassers und der Unternehmerinnen bzw. Unternehmer für den Rohbau enthalten muss, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen. Die Verpflichtung nach § 11 Abs. 3 BauO NRW wird durch dauerhafte Anbringung dieses Bauschildes an einer von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbaren Stelle erfüllt.

Das Bauschild wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift und Siegel gültig. (Bitte in Klarsichthülle an der Baustelle anbringen.)